



Presseinformation

Wiesbaden, den 15. September 2017

Landestierschutzbeauftragte: Forderung zur Bundestagswahl

Die Landestierschutzbeauftragte (LBT) fordert sämtliche, sich zur Bundestagswahl stellende Parteien auf, das Thema 'Tierschutz' langfristig auf ihre Agenda zu setzen:

„In der landwirtschaftlichen Tierhaltung braucht es weitere Veränderungen und einen Blick über den Tellerrand! Bei Schweine- und Geflügelfleisch ist Deutschland längst vom Nettoimporteur zum Nettoexporteur geworden – auf Kosten der Tiere und unter Vernachlässigung geltenden Rechtes. Unsere Billigexportprodukte zerstören dabei immer wieder in Entwicklungsländern regionale Märkte und Wirtschaftskreisläufe. Diese sind, wie auch die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft DLG in ihrem 10 Thesen-Papier erkennt, oftmals sehr sensibel und zerbrechlich. Zerstörte regionale Märkte aber führen zu Arbeitslosigkeit und tragen auch dazu bei, dass Menschen aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland kommen. Wer also diese Thematik lösen will, muss auch die deutsche Landwirtschaft und ihre Zielrichtung auf Export verändern. Deshalb: Kein Export tierischer Produkte um jeden Preis!“

Die LBT erwartet deshalb von allen Parteien konkrete Schritte auf dem Weg zu einer gesellschaftlich akzeptierten, menschen- und tiergerechten Nutztierhaltung. „Es gilt, das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik von März 2015 umzusetzen – versehen mit einer klaren Zeitschiene, konkretem Finanzierungsplan und der Nennung eines Endpunktes, an dem die Umstellung abgeschlossen sein wird.“

Hintergrund:

Der zur Beratung des Bundeslandwirtschaftsministers bestellte Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik hat im März 2015 ein Gutachten zu diesem Thema veröffentlicht. Darin werden u. a. mehr Platz für Nutztiere in den Ställen, artgerechtes Beschäftigungsmaterial, räumliche Trennung der Funktionsbereiche (insbesondere Trennung von Liege- und Kotbereich), Einrichtungen zur Körperpflege und Zugang zu einem Auslauf ins Freie gefordert. Die Mehrkosten hierfür werden auf 3 bis 5 Mrd. Euro jährlich veranschlagt, was angesichts von 18 Mrd. Euro Steuerplus allein in 2017 offensichtlich finanzierbar erscheint. Bei einfacher Überwälzung dieser Mehrkosten auf die Verbraucherpreise würden sich diese um etwa 3 bis 6 % erhöhen. Das entspricht größenordnungsmäßig der bekundeten Zahlungsbereitschaft eines erheblichen Teils der Bevölkerung, der sich eine artgerechte Tierhaltung wünscht.

Das Gutachten findet man als Download unter:

http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Ministerium/Beiraete/Agrarpolitik/GutachtenNutztierhaltung-Kurzfassung.pdf?__blob=publicationFile

Auch die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft hat sich mit dem Thema Landwirtschaft in der Zukunft beschäftigt.

Die 10 Thesen der DLG findet man als Download unter:

<http://www.dlg.org/landwirtschaft2030.html>
